

## Welche Alternativen gäbe es für die Akteure?

Israel-Palästina-Konflikt: „Beide Seiten sehen sich im Recht“, FR-Politik vom 12. Mai

### Fanatische Siedler in Ost-Jerusalem

Schockierend sind die Nachrichten aus Palästina/Israel und über widerwärtige antisemitische Sprüche einiger Demonstranten in Deutschland. Trotzdem ist daran zu erinnern, wie es zu der derzeitigen Eskalation kam und wer dafür die Hauptverantwortung trägt. Es waren die fanatischen israelischen Siedler in Ost-Jerusalem, die die derzeitige Eskalation verursacht haben. Sie und ihre Unterstützer sind das Hauptproblem. Etwa eine Million bewaffnete israelische Siedler sind gegen das internationale Recht auf der Westbank.

Elias Jammal, Mannheim

### Menschenrechte sind nachrangig

Ich habe mich über Ihre Berichterstattung zum Israel-Palästina-Konflikt geärgert. So lese ich im Interview mit Peter Lintl (SWP): „Die Lage hat sich in den vergangenen Wochen hochgeschaukelt, mit Provokationen auf beiden Seiten.“ Beispiele: Der massive Polizeieinsatz am Damaskustor und die Vertreibung von Palästinensern aus ihren Wohnungen auf der einen Seite und auf der anderen Seite Jugendliche, die

sich antisemitisch auf einer Internet-Plattform äußern. Das kann doch nicht ernst gemeint sein: Einen Polizeieinsatz mit vielen Verletzten und die Vertreibung aus Wohnungen als Provokation zu bezeichnen und damit völlig zu verharmlosen! Und gleichzeitig diese staatlich unterstützte Gewalt aufzurechnen mit Äußerungen von Jugendlichen! Vermutlich aus einer Solidaritätshaltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung – oder auch dem Staat Israel – wird weitestgehend auf die Differenzierung verzichtet, die sowohl für die Gewaltopfer wie auch für die Konfliktbearbeitung wichtig wäre.

Im Hintergrund wirkt vermutlich die inzwischen sehr große Schere, dass eine adäquate Darstellung dieses Leids auf die Täter bzw. die sie tragenden Strukturen ein Licht werfen würde. Also bleibt der Blick auf die strukturelle und personale Gewalt, die Palästinenser\*innen tagtäglich erleben, einfach außen vor. Bestenfalls wird noch aufgerechnet: Die einen tun Böses und die anderen auch.

Ja, es gibt die Raketenangriffe der Hamas und damit massive Gewalt seitens der Palästinenser. Gerade deshalb ist eine Differenzierung der verschiedenen Konfliktebenen, aber auch die Inblich-

nahme der Handlungsalternativen, die den Akteuren zur Verfügung stehen bzw. erschlossen werden könnten, so wichtig. Was soll man mit der Aussage von Lintl anfangen: „Die Führer beider Seiten müssten sich verantwortung zeigen und auch ihre eigenen Leute zur Mäßigung aufrufen.“ Was heißt Mäßigung seitens der Palästinenser beim Polizeieinsatz am Damaskustor oder bei der Vertreibung aus Wohngebieten?

Dass in der deutschen Regierung und im Bundestag nach wie vor die palästinensische Seite und ihr Menschenrechtsschutz nachrangige Bedeutung haben, zeigen die Zitate, die die FR auf S.2 zusammengetragen hat. Wadephul (CDU): Es sei unerträglich, dass die Hamas durch Terror versuche, Kapital aus dem innerpalästinensischen\* Machtkampf zu ziehen; Hart (CDU/CSU) sieht das Problem im Heranwachsen einer verblendeten palästinensischen Jugend; Außenminister Maas (SPD) sieht alle Seiten in der Pflicht, weitere Opfer zu verhindern; Alexander Lambsdorff meint, Deutschland dürfe nicht untätig bleiben, wenn Israel mit Raketen beschossen wird. Menschenrechtsbasierte Konfliktanalyse und Konfliktbearbeitung scheinen den Herren Fremdworte zu sein. Christiane Lammers, Köln

## Eine Wahl aus Mut – oder Verzweiflung?

Zu: „Junge Hoffnung für die EKD“, FR-Politik vom 10. Mai

Sie ist jung. Sie kann Internet. Doch wofür steht sie eigentlich? Die 25-jährige Studentin Anna-Nicole Heinrich ist die neue Präses der Synode der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland). „Historisch“ nannte der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm die Entscheidung, er bewertete sie als „ganz starkes Zeichen“ für die Zukunft der Kirche.

In welche Richtung soll die Zukunft der Kirche denn nun gehen? Auf die Frage, wo sie theologisch stehe, antwortete Heinrich in der Pressekonferenz nach ihrer Wahl: „Ich kann meine theologische Ausrichtung nicht benennen.“ Eine etwas überraschende Antwort, immerhin hat

sich Heinrich gerade in das höchste Ehrenamt der evangelischen Kirche wählen lassen. Et was konkretere Standortbestimmungen von ihr gibt es dann doch noch: Sie habe viel Kontakt zu freikirchlichen Gemeinschaften, schätze unterschiedliche Rituale und Positionen. „Ich möchte und kann mich keinem Spektrum zuordnen.“

Andere haben offenbar kein Problem, sie zuzuordnen. Zu Heinrichs Unterstützern gehört z.B. die konservative Gruppierung Lebendige Gemeinde. Und auch einige ihrer eigenen Aussagen gehen in diese Richtung: „Ich möchte eine offene, missionale Kirche repräsentieren.“ Sie

berichtet davon, dass sie sich theologisch als liberal bezeichnen würde, „aber in meiner Glaubensausübung doch auch charismatisch“. Nichts gegen Freikirchen, doch sie bilden ja einen bewussten Kontrapunkt zur Volkskirche. Soll die Zukunft der Evangelischen Kirche in Deutschland dahin gehen?

Sie ist jung. Sie kann Internet. Aber wofür steht sie? Und welchen Weg schlägt die Evangelische Kirche in Deutschland mit dieser Wahl ein? „Wie verdammt mutig ist eine Kirche, die eine junge Frau in so ein Amt wählt“, sagt Heinrich. Ist es Mut? Oder ist es Verzweiflung?

Ute Böning, Sendenhorst

## Europäische Low-Performer

EU-Sozialpolitik: „Wendepunkt für die Menschen in Europa“, FR-Meinung vom 7. Mai

In Porto sind wir an dem Punkt angelangt, der für mich die EU am unglaubwürdigsten macht! Ich nahm 1997, also vor 24 Jahren, an einem Marsch europäischer Gewerkschaften nach Amsterdam teil, bei dem wir das einforderten, was die EU und die Unternehmen in der EU uns Arbeitnehmern schon damals wie eine Möhre vor die Nase gehalten haben. Seither hat sich nichts Wesentliches verändert! Der konservative Mehltau liegt nach wie vor über Europa, und die Mehrzahl der Europapolitiker hüpfen über jedes Stöckchen,

das ihnen die Konzerne hinhalten! Wenn ich dann lesen muss, dass „konkrete Ziele für das Jahr 2030“ angesagt werden, wende ich mich in Grausen und glaube nichts davon.

Leider wird der Arbeit der Gewerkschaften viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Der Euromarsch von 1997 ist im Internet nicht auffindbar. Damals waren Fernsehteams aus Deutschland vor Ort, haben viele Interviews gedreht, aber nur sehr wenig davon wurde gesendet. Wir passten in der Kohl-Ära nicht ins Bild. Europäische Sozi-

algesetzgebung und Humanisierung der Arbeitswelt müssen zurückstehen – nach meiner Meinung bis heute!

Entsetzlich ist, dass die Arbeitswelt in der EU nicht humanisiert wurde und gleichzeitig die Lage auf dem europäischen Arbeitsmarkt auch schlechter ist als in vielen anderen entwickelten Gegenden unseres Planeten. Die besten Voraussetzungen dafür, die Ankündigungspolitik der EU auch hier für unglaubwürdig zu halten. Von mir ein Gruß an diese europäischen Low-Performer. Carsten Dietrich Brink, Gauting



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.



WIR KÖNNEN AUCH  
**ANDERS**  
FR.DE/BUNDESTAGSWAHL

### FR-WAHLFORUM

#### Ihr Wunsch zur Wahl

Am 26.9. ist Bundestagswahl. Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung? Was sollte sie als erstes tun?

Bitte schicken Sie uns **maximal drei Sätze**, die Ihren Vorschlag knapp skizzieren, an: [bundestagswahl21@fr.de](mailto:bundestagswahl21@fr.de). Oder posten Sie unter [www.frblog.de/btw-21](http://www.frblog.de/btw-21)

Eine Auswahl werden wir im Rahmen der Serie „Wir können auch anders“ vor der Wahl veröffentlichen.

### FR ERLEBEN

**Thomas Kaspar** diskutiert auf dem Podium mit Olaf Scholz, dem Kanzlerkandidaten der SPD. FR-Leserinnen und -Leser sind eingeladen, via Stream Fragen an Scholz zu richten. Sie werden zugeschaltet. Bitte bewerben Sie sich bis zum 18.5., 12 Uhr, per Mail an [chefredaktion@fr.de](mailto:chefredaktion@fr.de). **Mittwoch, 19. Mai, 19 Uhr**

## Impfsystem unter Druck

Zu: „Astrazeneca soll Urlaub retten“, FR-Regional vom 12. Mai

Nach Pfingsten können sich beim Hausarzt alle mit Astrazeneca impfen lassen. Der Abstand zwischen Erst- und Zweitimpfung beträgt vier Wochen. Die Begründung des KV-Vorsitzenden Frank Dastych: „Die Menschen brauchen eine Urlaubsperspektive.“ Auch Minister Jens Spahn (CDU) hatte einen möglichen vierwöchigen Abstand von erster und zweiter Dosis genannt. Der von der Stiko empfohlene Abstand beträgt zwölf Wochen und ist mit der höheren Wirksamkeit begründet, die Impfbereitungen halten sich daran. Forscher warnen vor der drastischen Verkürzung, da es zur Reduzierung des Impfschutzes kommt (55 statt 80 bzw. 85 Prozent bei den über 65-Jährigen). Ist dieses Vorgehen ein vorgezogenes Wahlgeschenk? Man verbessert die Akzeptanz von Astrazeneca, erhöht aber die Infektionsgefahr!

Die Aussetzung der Lieferungen von Astrazeneca für Erstimpfungen an die Impfbereitungen und Lieferung an die Praxen war eine politische Entscheidung, begründet durch die einfachere Logistik. Die Impfbereitungen „drücken“ sich nicht um die Impfung mit Astrazeneca, wie vielfach von den Niedergelassenen und der KV behauptet. Es erfolgen dort nach wie vor die Zweitimpfungen. Wenn jetzt auch noch wie in Bayern und Baden-Württemberg die Priorisierung in den Praxen vollständig aufgehoben wird, in den Impfbereitungen aber bestehen bleibt, blickt kaum noch einer durch. Gilt jetzt das Motto: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst?“ Es lebe das Chaos. Die Stimmung wird aggressiver.

Die Impfbereitungen machen sich nicht, wie Dastych behauptet, „einen schlanken Fuß und dann vom Acker“. Auch werden sie nicht „überflüssigerweise betrieben“, haben Impfbestände gebunkert oder „werden bevorzugt beliefert.“ Die Städte und der Landkreis werfen der KV vor, „Hetze gegen die Impfbereitungen in Hessen zu betreiben und die Bevölkerung zu verunsichern“.

Das Impfsystem gerät bald unter Druck, wenn die Impfungen in Brennpunkten, Auffrischimpfungen und die Impfungen bei Kindern und Jugendlichen anstehen. Ohne die Impfbereitungen werden diese Aufgaben kaum zu lösen sein. Jetzt diese funktionierenden Strukturen aufzulösen, kann gefährliche Folgen haben. Impfen gegen Covid 19 wird uns noch lange beschäftigen. Dr. Lutz Aderhold, Kelkheim  
Impfparzt in Wiesbaden,

Diskussion: [frblog.de/genesimpfte](http://frblog.de/genesimpfte)

### SORRY

In unserem Artikel „Recht für alle“ (14.5., S.31) hatten wir geschrieben, die Sprachlern-App Babbel sei an der Jura-App Lernfuchs beteiligt. Richtig ist, dass nicht Babbel beteiligt ist, sondern einer der Babbel-Gründer: Thomas Holl.